

DER SPIEGEL 29/2003 - 14. Juli 2003

URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,256941,00.html>

Diskriminierung

Brüssel wird ausgebremst

Entgegen den Vorgaben der EU wird die rot-grüne Koalition auf absehbare Zeit kein Gesetz verabschieden, das vor Diskriminierung auf Grund von Rasse oder Religion schützt. Darauf verständigte sich Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) mit den zuständigen Parlamentariern.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte bei der Kabinettsklausur in Neuhardenberg vor einem "bürokratischen Monstrum" gewarnt. Der Regierungschef will keine neuen Regelungen, die von der Wirtschaft als Hemmnis empfunden werden könnten.

Eigentlich müsste die Regierung bis zum kommenden Wochenende klarstellen, wie Deutschland eine EU-Richtlinie umsetzen will, die verhindern soll, dass Vermieter, Kneipiers oder Versicherungen jemanden wegen seiner Rasse schlechter behandeln.

Um den drohenden Strafzahlungen an die EU-Kasse zu entgehen, wird die Koalition nach der Sommerpause Brüssel melden, dass man die Gesetzesarbeit aufnehmen werde. Tatsächlich aber, so ein Regierungsmitglied, dürfte das Gesetz "wohl in den Mühlen des Alltags stecken bleiben".

© DER SPIEGEL 29/2003

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet AG
